

Null Risiko ist nicht gratis

Überfüllte Gefängnisse widerspiegeln das neue Sicherheitsdenken. Von Daniel Gerny

Die Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates und darf sich deshalb nicht in erster Linie am Preis orientieren: Eine gut ausgestattete Polizei, effiziente Strafverfolgungsbehörden und ein zuverlässiges Justizsystem kosten Geld. In alle Bereiche wird in den letzten Jahren schweizweit wieder mehr investiert. Unter dem Druck der Bevölkerung — Stichworte Verwahrungs-, Raser-, Verjährungs-Initiative — gewinnt die Repression wieder an Bedeutung: Die Strafen werden härter, der geschlossene Vollzug gewinnt an Gewicht, vorzeitige Entlassungen werden seltener und verschuldensunabhängige Sanktionen wie die Ausschaffungshaft oder stationäretherapeutische Massnahmen häufiger. Es überrascht deshalb nicht, dass sich die Anstalten schneller füllen und ein Rückstau bis in die Untersuchungsgefängnisse entsteht. Kriminelle nicht mit Samthandschuhen anzufassen — dies war das erklärte Ziel der Befürworter dieser härteren Gangart. Der Preis dafür sind höhere Kosten auch im Strafvollzug. 900 bis 1000 zusätzliche Haftplätze sind in der Schweiz in den nächsten Jahren geplant. Die Investitionskosten sind hoch: Für den Neubau einer Strafanstalt mit 150 Plätzen rechnet die Bündner Regierung mit Kosten von 107 Millionen Franken. Das sind umge-

rechnet über 713 000 Franken pro Haftplatz, worin die Betriebskosten nicht einmal eingerechnet sind. Wohl fließt nicht alles Geld in den Kapazitätsausbau, sondern auch in die Modernisierung sowie in die Anpassung an die heutigen Anforderungen des Freiheitsentzugs. Aber die Richtung der Kostenentwicklung in diesem Bereich ist eindeutig. Weil die Kriminalität und der Umgang der Gesellschaft mit ihr stets Schwankungen unterworfen sind, ist die Tendenz im bisher erkennbaren Ausmass noch kein Alarmzeichen. Die Kantonsbehörden müssen die nötigen Plätze im Straf- und Massnahmenvollzug nun unaufgeregt, aber zielstrebig vorantreiben — auch wenn dies mit Kosten verbunden ist. Auch aus der Politik gibt es vorderhand keinen Anlass zur Klage: Sie hat mit ihrem härteren Kurs bewusst dazu beigetragen, dass das System an Kapazitätsgrenzen stösst. Die Aufgabe der Politik ist es aber, zu überprüfen, ob mehr Mittel für mehr Repression auf lange Sicht wirklich zu mehr Sicherheit führen — oder nur zu mehr Insassen in mehr Schweizer Gefängnissen. Denn diese Zahl wäre für sich alleine kein Indikator für ein vermindertes Risiko, sondern höchstens für gestiegene Staatsausgaben.